

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **16 (1936-1937)**

Heft 1

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

weißer Artung und Gefittung dauernd ein. Werden die weißen Völker, die das heutige Antlitz der Erde bestimmend prägten, fortfahren, sich selbst zu zerfleischen und zu vernichten?

(Ende.)

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Bundesversammlung / Nochmals Duttweiler / Mehr Unabhängige! / Wehrevorlage / Völkerbund / Stützt Hausmann!

Die Frühjahrsession des Eidgenössischen Parlaments hat, im Vergleich zu der interessanten, ja aufregenden Januarsession, nichts irgendwie über den üblichen Rahmen Hinausgehendes gezeitigt. In den Gebieten der Wirtschafts- und Finanzpolitik waren es vornehmlich die zwei Kapitel Milchpreisstützung und Alkoholverwaltung, die die Gemüter in einem etwas größeren Maße zur Wallung brachten. An sich wird niemand bestreiten können, daß eine staatliche Stützung des Milchpreises im Interesse der Landwirtschaft unerläßlich ist, denn mit den heutigen Produktionspreisen kann der Bauer, angesichts unserer immer noch hochgeschraubten Lebenshaltung, niemals auskommen und trotz der Stützung ist der dem Bauer verbleibende Gewinn immer noch äußerst bescheiden. Leider scheinen sich nun aber unter den Strahlen dieser Subventionssonne nicht nur der arme Bauer, sondern außerdem gewisse Leute erwärmt zu haben, die es nicht unbedingt nötig hätten und vor allem scheint in den Bezirken dieser merkwürdigen Gesellschaft, die sich die *Räjeunion* nennt, Verschiedenes gegangen zu sein, das nicht unbedingt für das Licht der Öffentlichkeit bestimmt ist. Mit Recht hat die „Eidgenössische Zeitung“ bemängelt, daß auch in diesem Punkte wieder, wie schon so oft, unsere Behörden und unsere große Presse es nicht gewagt hätten, den Deckel vom Güllenfaß zu ziehen. Und so kam es, daß Herr Duttweiler und seine Leute vor dem Volk das Verdienst in Anspruch nehmen können, soweit wie möglich die Mißstände aufgedeckt zu haben, die zu verschweigen unsere Behörde und andere Leute merkwürdigerweise für richtig fanden. Man hat bei solchen Dingen immer das Gefühl, es hänge irgendwie einer am andern und es wärsche die eine liebe Hand die andere liebe Hand. Das ist aber menschlich und wohl nie gänzlich wegzubringen und es soll nur nicht wieder einer kommen und sagen, das sei die Schuld des „Systems“, denn so billig sind solche Probleme, die viel tiefer liegen, nicht zu lösen und wir glauben wohl richtig zu vermuten, wenn wir sagen, daß solche Dinge auch unter einem anderen Regime nicht selten vorkommen sollen!

Ob wir wohl bereits Anlaß haben, unser Urteil bezw. unsere Prognose bezüglich des Herrn Duttweiler und seiner übrigen sechs Aufrechten, die wir im Februarheft äußerten, zu korrigieren? In dieser Session hatte man schon eher das Gefühl, daß Duttweiler sich an das schlüpfrige Parkett des Nationalrates bereits einigermaßen gewöhnt habe, wobei immerhin zu bemerken ist, daß die Dinge, bei denen er hervortrat und verdienstvoll hervortrat, recht eigentlich seine eigenen Steckenpferde darstellen, auf denen er schon in den Migrosinseraten immer herumgeritten ist. Aber es läßt sich nicht bestreiten, daß Duttweiler nicht nur in der Käseunionsfrage geschickt gehandelt hat (wenn es ihm auch nicht gelang, die Mehrheit des Rates hinter sich zu bringen), sondern vor allem die Debatte über die Alkoholverwaltung geschickt führte und bei der Abstimmung zwar wieder nicht die Mehrheit, aber doch einen ganz beträchtlichen Achtungserfolg

von grundsätzlicher Bedeutung erzielte. Mit einem nassen und einem trockenen Auge hat denn auch Herr Dr. Weber von der „N. Z. Z.“ berichtet, daß bei dieser Abstimmung die gouvernementale Gesinnung der Mehrheitsparteien — o Gott — direkt ins Wanken gekommen sei, ein wirklich schreckliches Ereignis, wenn man bedenkt, daß das gewissermaßen seit unvordenklichen Zeiten ein feststehender Grundsatz ist, daß man nicht . . . freisinnig und nicht gouvernemental . . . sein kann, indem es zum Ceterum censeo dieser Leute gehört, alles, was im Bundesrat geschieht, mit dem mit Recht so geschätzten Mantel der Liebe zu bedecken. Diesmal aber fuhr Herr Duttweiler dermaßen energisch mit dem Stock im Wespennest herum, daß das bewährte Verfahren Widersinn geworden wäre und man es wohl oder übel unternehmen mußte, dem Bundesrat, in diesem Falle sogar dem Bundespräsidenten, einen indirekten Küßel zu erteilen. Die Verluste der Alkoholverwaltung durch sogenannte „kaufmännische“ Geschäfte entsprechen im Grunde zwar genau dem, was vernünftige Leute ohnehin nicht anders erwarteten. Denn es ist noch nie dagewesen, daß der Staat und seine Bürokratie Geschäfte machen konnten und es ist nur erstaunlich, daß es immer noch Leute gibt, die sich darüber wundern, daß es nun mal so ist und daß in casu bei der Alkoholverwaltung wieder einige Millionen zum Teufel gegangen sind. Schließlich sollte es doch mit der Zeit sogar der sturste Statist merken, daß Bürokratie und Wirtschaft so unvereinbar sind wie Feuer und Wasser und doch gibt es immer wieder Leute, die uns mit neuen Staatsbetrieben und Monopolen beglücken wollen. Wir glauben aber, das Volk sei allmählich hellhörig geworden und in dieser Richtung hat nun entschieden Duttweiler ganz erhebliche Verdienste. Im Parlament kam dies darin zum Ausdruck, daß sein Antrag, den Bericht über die Alkoholverwaltung einstweilen nicht zu genehmigen, nur mit 70 gegen 30 Stimmen abgelehnt wurde. Daraus ergibt sich einerseits, daß verschiedene nicht Unabhängige mit ihm gestimmt haben (es waren auch Freisinnige darunter), und andererseits, was noch wichtiger ist, daß etwa 60—70 Abgeordnete dadurch demonstrierten, daß sie sich der Stimme enthielten, sodaß effektiv nur eine Minderheit des Rates für den Bundesrat sich einsetzte. Ein Wink, und zwar ein erfreulicher!

Es ist aber auch wirklich höchste Zeit, daß noch mehr wirklich Unabhängige im Parlament auftreten und der Spanischbrötlibahn unserer Bundespolitik ab und zu einen Schupf geben. Wir meinen hier in erster Linie die Bundesbahnjaniebung, von der man seit dem letzten Entwurf vor einigen Wochen wieder nichts mehr hört. Und doch sollte diese Angelegenheit in der Junisession erledigt werden, sonst verzögert sich die endgültige Sanierung immer mehr, mit allen schweren Nachteilen, die täglich daraus erwachsen. Wir glauben nun aber, daß das Parlament Herrn Pilet bei den Bundesratswahlen im Dezember in eindeutiger Weise sein Mißfallen ausdrücken könnte, wenn die Angelegenheit bis dahin nicht erledigt ist und in dieser Überzeugung bestärkt uns, abgesehen von gewissen Informationen, der Vorgang, den man soeben bei der Abstimmung über die Alkoholverwaltung erlebt hat und der eben doch eine gewisse Unabhängigkeit verrät oder wenigstens den ersten Schritt dazu.

Inzwischen ist aus den Gemächern des Herrn Minger eine stattliche Wehrovorlage an die Öffentlichkeit getreten, die mit dem verlangten Kredit von 235 Millionen Franken wohl bestimmt den Bedarf deckt, der heute besteht und vorausgesehen werden kann. Es ist auch wirklich eine sehr respektable Summe, die hier verlangt wird, wenn man bedenkt, daß zum Beispiel die gesamten Mobilisationskosten von 1914 bis 1918 nicht viel mehr als 1 Milliarde betragen und dies bei annähernd gleichem Geldwert. Ob diesem entschlossenen Vorgehen des Militärdepartements ziemt es sich, nicht mehr daran zu erinnern, daß auch die Geburt dieses Kindes entsetzlich lange gedauert hat und daß Sachverständige schon vor Monaten die Notwendigkeit raschen Handelns betonten und wieder, wie beim Finanzprogramm, verschiedene Reisen nach Bern stattfanden. Insbesondere die Organisation der

aktiven und der passiven Luftabwehr ist äußerst dringend; man hat im abessinischen Feldzug wieder erlebt, was Wehrlosigkeit auf diesem Gebiet bedeutet. Im übrigen sind es wohl hauptsächlich die Befestigungen, die drängen und im Zusammenhang damit die Organisation des Grenzschutzes, die bei unserem Milizsystem, das stehende Truppen nicht kennt, nicht einfach ist. Der Bundesrat hat in seiner Botschaft mit Recht darauf hingewiesen, daß die Erstellung von Befestigungen und die Organisation eines schlagfertigen Grenzschutzes heute äußerst dringend geworden sei, weil unser westlicher und nördlicher Nachbar teils Maßnahmen vollendet haben, teils im Begriff sind, die Grenzen ihrer Länder mit einem Befestigungswall von Ausmaßen zu sperren, die einen erfolgreichen Angriff beinahe überhaupt unmöglich oder dann äußerst verlustreich machen müssen. Wir zweifeln nicht daran, daß auch Deutschland einen vielleicht nicht technisch im einzelnen dem französischen vergleichbaren, aber in der Wirkung ähnlichen Wall aufbauen wird und es bedarf unter diesen Umständen weiter keiner Erläuterung, daß damit die Gefahr eines Durchmarschversuches für die Schweiz in einem Grade gewachsen ist, den wir weder bis 1914 noch seit dem Kriege kannten. Wir werden also auf dieses Ziel des unmittelbaren Grenzschutzes mit äußerster Energie lossteuern müssen, wenn wir nicht zu spät kommen wollen. Die Gefahr ist für uns nicht nur aus militärischen Gründen größer als 1914, sondern vielleicht mehr noch aus politischen.

Denn die Erledigung des abessinischen Konfliktes hat nun zur Evidenz gezeigt, daß der Völkerbund eben einfach nicht gewillt und in der Lage ist, einem angegriffenen Staat entscheidend zu helfen, wenn nicht irgend ein bestimmtes Lebensinteresse eines Gliedstaates dazu führt, daß wenigstens dieser dem Angegriffenen zu Hilfe kommt. Wenn das aber alles ist, was der Völkerbund gebracht hat, dann hat er bestimmt nichts Neues gebracht! Und es ist doch heute so, daß, wenn die Engländer tatsächlich aus ihrem eigenen Interesse heraus (Tanasee) militärische Sanktionen eingeleitet hätten, ihnen allermindestens der halbe Völkerbund oder noch mehr einfach nicht gefolgt wäre, trotz Art. 16 usw. Der Völkerbund hat sich nun einmal, was man eigentlich schon lange wußte, als völlige Illusion erwiesen und wir sind fest überzeugt, daß es auf der ganzen Welt keinen einzigen Menschen mehr gibt, der an diesen Völkerbund glaubt, ausgenommen natürlich Herrn Dr. Spühler, den Sekretär der Schweizerischen Völkerbundsvereinigung. Wir gratulieren!

Bei der Debatte über unsere Völkerbundspolitik hat Herr Nationalrat Gut, der sich immer mehr zu einem der ersten Hüter unserer Unabhängigkeit und unserer Neutralität entwickelt, in ruhigen und bestimmten Worten darauf hingewiesen, daß unsere Situation erheblich schwieriger sei als 1914, weil man heute auf Verträge und vertraglich anerkannte Rechte, wie z. B. unsere Neutralität, sozusagen nichts mehr gibt. Wir haben dies ja vor nicht langer Zeit wieder einmal erlebt und müssen uns damit abfinden.

In Europa besteht Kriegsgefahr, nur über den Zeitpunkt eines Konfliktes ist man sich noch nicht klar. Die Stunde ist also äußerst ernst. Es gibt für die Schweiz nun einmal keine andere Wahl als die rascheste Wiederherstellung unserer Neutralität — das Versagen des Völkerbundes im abessinischen Konflikt sollte uns heute die taktische Handhabe geben, uns von Sanktionen überhaupt und grundsätzlich zurückzuziehen — und die Verstärkung unserer Rüstung um jeden Preis, bis das Ziel erreicht ist.

Aber noch ein weiteres ist notwendig. Die propagandistische Verbreitung des Wehrgedankens muß ganz anders als bisher an die Hand genommen werden. Die besten Waffen und der schönste Betonturm nützen wenig, wenn der Wehrwille nicht dem hintersten Mann und der letzten Frau im Blut sitzt. Dazu gehört aber außerdem, daß man nicht bei beginnendem Sturm die besten Leute ausschiffet: wir meinen den Fall Hausmann. Und wir möchten es

für unmöglich halten, daß die zuständigen Instanzen wegen des jämmerlichen Gekläffs einer pathologischen Hezypresse einen Mann fallen lassen, der im Stillen für die Propaganda des Wehrgedankens tatsächlich Großartiges geleistet hat und den wir heute so dringend brauchen, wie niemals zuvor.

Zürich, den 22. April 1936.

Jann v. Sprecher.

Zur politischen Lage.

Italien hat seinerzeit in Tripolitanien die Wechselfälle eines Kolonialkrieges erlebt: Die raschen Anfangserfolge, die schweren Rückschläge durch den unerwarteten Widerstand der „Wilden“ und schließlich nach einer gewaltigen Verstärkung des Machtaufgebots und der Bereitstellung aller modernen Kriegsmittel den entscheidenden Durchbruch. Die alten Kolonialmächte England und Frankreich haben daselbe schon Duzende von Malen erlebt in allen Ecken unseres Erdballes. Man denke nur z. B. an die französischen Schwierigkeiten im Rifkrieg vor nunmehr einem Jahrzehnt oder an die englischen Erfahrungen in Südafrika 1899—1902 und in Afghanistan vor einem halben Jahrhundert. In allen diesen Fällen hieß es immer für die europäische Kolonialmacht, trotz der Rückschläge die Nerven nicht verlieren und das Machtaufgebot so gestalten, daß der Erfolg nicht mehr zweifelhaft sein konnte.

Italien ist sicher mit ähnlichen Erwartungen in seinen abessinischen Krieg hineingegangen, mit Erwartungen, die angesichts der Erfahrungen von Abua im Jahre 1896 besonders bedenklich sein mußten. Es hat deshalb auch von allem Anfang an ein imponierendes Machtaufgebot ins Feld gestellt und ist mit aller nur denkbaren Vorsicht zu Werk gegangen. Trotzdem sind auch diesmal nach den ersten Anfangserfolgen die Rückschläge eingetreten und zwar Rückschläge ziemlich ernsthafter Natur. Nicht umsonst hat denn auch Italien seinen besten Mann, den Generalstabschef seines Heeres, nach Erythraa geschickt. Dieser hat von seinem Land einen neuen, sehr erheblichen Kraftaufwand verlangt. Unendliche Verstärkungen, Massen von modernsten Kriegsmitteln sind nach Ostafrika geschickt worden. Diese Kräfte sind auch nicht verzettelt worden, sondern Badoglio hat die Nervenkraft besessen, kaltblütig abzuwarten, bis alles bereit war. Dann aber hat sich gezeigt, daß die heutigen Motorfahrzeuge, auf dem Boden und in der Luft, die Entfernungen eines Kolonialkrieges sehr erheblich verringert haben. Es hat sich ferner gezeigt, daß gegenüber der Wirkung moderner schwerer Artillerie und moderner Flieger mit ihren Giftgasbomben auch die schönsten Geländeschwierigkeiten nicht mehr genügenden Schutz gewähren. So versagten zwei Hauptverteidigungsmittel der Abessinier und es hat fast den Anschein, daß auch das dritte, die Regenzeit, vor der heutigen Technik nicht bestehen kann. So ist es nach dem entscheidenden Schlage mit versammelter Macht zum unaufhaltsamen, raschen Niederbruch Abessinien gekommen.

Es war für Mussolini Zeit, daß in Abessinien der Erfolg gekommen ist. Denn die Monate Oktober bis Januar bedeuteten für ihn eine Nervenprobe furchtbarster Art. Nach einem Jahrzehnt des Aufbaus aller italienischer Machtmittel, nach einem Jahrzehnt des fieberhaften Suchens nach Ausdehnungsmöglichkeiten hatte er endlich zugreifen können und einen entscheidenden Schritt zum Aufbau der künftigen italienischen Macht tun können. Freilich setzte er dabei das Schicksal seines Landes auf eine Karte. Gelang der Schlag nicht, so mußte sich Italien in einer sehr schwierigen Lage befinden. Nun aber kam plötzlich der ganz unerwartet heftige Widerstand der Engländer, die ihre Flotte und ihre Truppen im Mittelmeer aufmarschieren ließen. Es kam zu den Völkerbundsanktionen, die bei der ohnehin schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage Italiens trotz ihrer vielen Lächer doch unangenehm werden mußten. Nun stand die Entscheidung auf des Messers Schneide,

zumal da Mussolini trotz aller Bedrängnis auch seine teuer erworbene Stellung in Österreich und dem weitem Donaugebiet nicht preisgeben wollte. In Abessinien wollte es nicht vorwärts gehen und die diplomatische Lage wurde immer schlechter. Trotzdem entschloß sich Mussolini, weitere Kräfte nach Ostafrika zu werfen. Damit war nun wirklich das ganze Spiel auf die Spitze getrieben. Wenn es jetzt in Abessinien trotzdem schlecht ging, wenn jetzt die Engländer Ernst machten oder wenn jetzt in Europa entscheidende Ereignisse eintraten, dann stand es um die Sache Mussolinis wirklich verzweifelt.

Das Glück entschied jedoch für den italienischen Diktator. In Abessinien kam der Waffenerfolg, die Engländer zögerten weiter, dabei von den Franzosen nach Kräften unterstützt, und schließlich griff Hitler in entscheidender Weise rettend ein. Plötzlich kehrte so das Spiel und Italien erhielt immer mehr Trümpfe, die Mussolini sofort bis zum äußersten auszunutzen begann.

Noch hat er allerdings den Enderfolg nicht unter Dach. Noch hat England seine besten Trümpfe nicht ausgespielt. Noch lasten auf Italien die Sanktionen, die nach und nach die Mittel, die Italien zur Deckung seiner Bedürfnisse im internationalen Handel braucht, aufzehren. Noch ist die endgültige Regelung in Ostafrika in der Schwebe. Es wird sich nun vor allem fragen, wie weit Mussolini zu gehen gedenkt, um seinen bisherigen Erfolg auszunutzen? Und da spricht sehr viel dafür, daß er so weit gehen will, wie das überhaupt möglich ist. Dies aber verspricht noch bewegte Zeiten.

* * *

Inzwischen marschieren neue italienische Truppen in Sybien auf. Inzwischen sehen die Engländer ihre Ausrüstung, ihren Aufmarsch im Mittelmeer und ihre weitreichenden Befestigungen und Bahnbauten in Ägypten und allen ihren Stützpunkten von Britisch-Ostafrika und Aden bis nach Cypern und Gibraltar unentwegt fort. Noch ist es durchaus nicht entschieden, was England schließlich tun wird. Es hat sich ja gegenüber Italien sehr weit hinausgelassen. Es hat aber bisher alles aufgeboten, um Zeit zu gewinnen und Italien möglichst auf dem Umweg über den Völkerbund zu schwächen. Diese Taktik ist wohl in allererster Linie durch die Rückständigkeit der englischen Rüstungen veranlaßt worden, in zweiter Linie durch die Undurchsichtigkeit der allgemeinen politischen Lage, in der sowohl Deutschland wie Japan fortwährend zu Unruhe Veranlassung geben, und schließlich wohl auch durch die altgewohnte britische Überlegung, daß man erst in letzter Linie die eigenen Kräfte völlig einsetzen will, erst dann, wenn alle andern Mittel versagt haben. Nun ist jedoch diese Taktik des Zeitgewinns durch die raschen italienischen Erfolge zum großen Teil zunichte gemacht worden. Gleichzeitig aber ist es völlig klar geworden, wie gefährlich ein Waffengang mit der von Mussolini so zielbewußt entwickelten italienischen Luftwaffe werden müßte. Das hat die notwendige Entscheidung Englands nicht leichter gemacht.

Ebenjowenig erleichtert worden ist für England die Entscheidung durch das Vorgehen Hitlers am 7. März. Es hat die Folge gehabt, daß Frankreich ohne weiteres wieder auf seine italienische Freundschaft zurückgekommen ist, auf jeden Fall alles aufbietet, um im Mittelmeer nicht weitere Schwierigkeiten zu bekommen. Es will bereit sein, um jederzeit mit voller Kraft am Rheine aufzutreten zu können. Es bietet auch alles auf, um für seine Rheinpolitik neben Rußland auch England und Italien einsetzen zu können. Deshalb sehen wir nun die Franzosen ganz offen von der bisherigen Völkerbundspolitik mit ihrer Spitze gegen Italien, die sie ja immer nur unter dem nicht gerade sanften Druck von London mitgemacht haben, abschwenken. So sah sich England gezwungen, in Genf zuzuwarten, bis einmal die französischen Wahlen darüber eine Abklärung geschaffen haben werden, ob man es in Zukunft mit einer französischen Linksregierung zu tun haben wird oder nicht. Dabei entstehen für die englische Regierung in den Reihen des eigenen Regierun-

blocks deshalb immer ernstere Schwierigkeiten, weil ein wesentlicher Teil der Konservativen in ihrer ausgesprochenen Franzosenfreundschaft und Deutschenfeindschaft nach dem 7. März schärfer als je das enge Zusammengehen mit Frankreich und eine scharfe Politik gegen Deutschland wünschen. Es sind die Herren Austen Chamberlain, Winston Churchill, Amery usw. Diese ganze Gruppe sieht das Heil Großbritanniens einzig und allein in einer Niederringung Deutschlands in engster Zusammenarbeit mit Frankreich. Sie will von einem ernsthaften Vorgehen gegen Italien nichts wissen.

Inzwischen aber schreitet im Mittelmeer Mussolini auf Napoleons Pfaden. Ist er einmal in Abessinien seiner Sache sicher und ist einmal Ostafrika in ähnlicher Weise in italienischer Hand wie Lybien, dann steht Italien jederzeit bereit zum entscheidenden Griff nach der Nahtstelle des britischen Weltreiches, nach Ägypten. Motorisierte Truppen vom obern Nil und der Kyrenaita her können in ein paar Tagen die ganze englische Stellung in Ägypten überrennen. Was aber ist dann das britische Reich noch wert? Dagegen aber hilft keine noch so starke Flotte und dagegen können auch die alten englischen Stützpunkte Malta und Gibraltar nichts helfen. Gibt England jetzt klein bei, so verliert es nicht nur unendlich an Prestige, sondern es wird sicher in absehbarer Zeit doch vor einer ernsten Auseinandersetzung mit dem Mussolinischen Reiche stehen, dessen völlige Hemmungslosigkeit im Haß die Engländer ja seit einem Jahr zur Genüge kennen gelernt haben. Was das alles aber angesichts der in Ostasien sich vorbereitenden Dinge für England bedeutet, das können wohl nur die weltpolitisch denkenden Engländer richtig würdigen.

Es wird also auf die Dauer für England nichts anderes geben als die Wahl zwischen einem rücksichtslosen Einsetzen zur Erhaltung der englischen Machtstellung im Mittelmeer und zwischen einem beginnenden Abbau der englischen Übersee-Stellung. Einstweilen wird die nicht leichte Entscheidung immer noch hinausgeschoben, aber wie lange wird das noch gehen?

* * *

Während sich so die europäischen Mächte in mehr oder weniger offener Feindschaft gegenüberstehen, während in ganz Europa allgemeines Mißtrauen und das drückende Vorgefühl kommenden großen Unheils herrscht, blüht der Weizen Moskaus an zahlreichen Stellen mächtig auf. Frankreich hat Sowjetrußland wieder nach Europa hineingebracht. Seit der Aufnahme in den Völkerbund führen die Moskauer Machthaber überall das große Wort und gebärden sich wie zu Hause. Sie unterhalten enge Beziehungen zur französischen, zur tschechischen, zur rumänischen Regierung und sie bringen es fertig, gleichzeitig in diesen Ländern die kommunistische Partei finanziell und organisatorisch wieder auf die Beine zu stellen. Überall reißen auf der Linken die Kommunisten unter dem Schutze Moskaus und gestützt auf sein wachsendes Ansehen die Führung an sich und treiben die aus Angst vor dem Faschismus gänzlich kopflos gewordenen Sozialisten vorwärts.

Wir erleben das in Frankreich, wo die „Volksfront“ heute in einem sehr aussichtsreichen Wahlkampf steht. Es schadet hier der kommunistischen Partei gar nichts, daß ihre Brotgeber in Moskau mit den französischen Machthabern enge Freundschaft pflegen, während gleichzeitig die Partei gegen den französischen Staat nach Kräften wettert. Wir sehen das in der Tschechoslowakei, wo die Regierung von Freundschaft zu Rußland trieft, wenn gleichzeitig die kommunistische Partei diese Regierung und diesen Staat in Grund und Boden verdammt. Nach dem Abschluß des russischen Bündnisses fühlten die Prager Kommunisten zunächst die Verpflichtung, die treuen Freunde Moskaus um Herrn Beneš nun auch ihrerseits zu unterstützen. Sie taten das in verschiedenen Fällen, so auch bei Benešs Präsidentenwahl. Da aber kam der Bannstrahl aus Moskau in der Person eines inzwischen dort „erzogenen“ Kommunistenführers. De- und wehmütig mußten die kommunistischen Größen im Prager Parlamente zu Kreuze kriechen und vor aller Welt für ihre ungeheuren Fehler Ab-

bitte leisten. Seitdem gebärdet sich der tschechische Kommunismus wieder sehr staatsfeindlich, sodaß am letzten Sonntag ein tschechischer sozialistischer Minister gereizt erklären konnte, die Regierung wäre schon zufrieden, wenn die lieben Kommunisten der tschechischen Armee nur halb so viel Zuneigung entgegenbringen würden wie der roten Sowjetarmee. Über diesen rührenden Zustand hinaus ist es bereits in Spanien gekommen, wo die Volksfront heute an der Regierung ist und wo verbrannte Kirchen, Parteihäuser der Rechten usw. dazu die Beleuchtung liefern, während wilde Ausschreitungen der Linken gegen Rechtskreise für die nötige Unterhaltung sorgen.

Wenn es so weiter geht, so werden immer weitere europäische Staaten vor die Wahl gestellt werden, ob sie im Kommunismus untergehen oder ihr Heil beim Faschismus suchen wollen.

* * *

Am nächsten Sonntag wird offenbar auch Frankreich auf diesem Wege einen Schritt vorwärts tun. Wenn nicht alles trügt, so wird dort der Linksblock gegenüber der völlig zerplitterten Rechten einen starken Schritt vorwärts tun. Dann wird es vielleicht auch Zeit sein, endlich an Stelle der Übergangsregierungen der Mitte eine ausgesprochene Linkregierung zu bilden. Damit aber wird die Auseinandersetzung zwischen Links und Rechts in Frankreich wieder in Fluß kommen. Ebenso aber wird eine französische Linkregierung in der Außenpolitik wohl nicht die Wege des Herrn Flandin wandeln. So wird man mit Spannung der Entscheidung vom Sonntag entgegensehen, die zeigen wird, wie der französische Bürger auf die Nöte der vergangenen Jahre nun mit dem Stimmzettel antwortet.

A r a u, den 22. April 1936.

H e k t o r A m m a n n.

Wehrpolitische Rundschau

Die neue Wehrevorlage.

Die Besetzung der einstmals entmilitarisierten Rheinlandzone durch deutsche Truppen am 7. und 8. März hat Europa hart an den Rand eines Krieges geführt. Frankreichs Zivilstrategen verlangten die sofortige Mobilmachung von einigen Jahrgängen und den Einmarsch französischer Truppen ins Rheinland. Deutscherseits soll man sich auf diese Möglichkeit gefaßt gemacht haben. So verlautet denn, die im Rheinland einmarschierenden Truppen hätten nicht nur scharfe Munition mit sich geführt (300 Schuß pro Geschütz), sondern hätten auch zwei verschiedene Marschbefehle besessen, einen für den friedlichen Einmarsch ins Rheinland und einen andern für den Fall französischen Widerstandes! Die Entscheidung über Krieg oder Frieden hing an einem Haar wie schon so oft in den letzten Jahren. Diesmal war es die französische Generalität, die den Eifer der Zivilstrategen hemmte und die Verantwortung für eine Mobilmachung und einen Einmarsch ins Rheinland nicht übernehmen wollte, weil die Streitkräfte den sicheren Folgen eines solchen Unternehmens nicht gewachsen seien, und die also auf diese Weise Europa für den Augenblick den Frieden gerettet hat.

Für den Augenblick ist wohl die Kriegsgefahr vorüber, aber sie kann jeden Augenblick an irgend einer Ecke Europas wieder auftauchen. Die historischen Tage um das Märzwochenende haben wieder einmal schlagartig die Labilität der europäischen Lage beleuchtet und gezeigt, wie viel Explosivstoff allerorts angehäuft ist,